

tv diskurs 80

Medien in der Demokratie



MEDIEN IN DER DEMOKRATIE

tv diskurs hat Geburtstag

Im April 1997 erschien die erste Ausgabe

„Jugendschutz in Europa“ war das Titelthema der ersten *tv diskurs*, die bei einer gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung für Prüfer der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) vorgestellt wurde. Es ging um die Frage, ob die unterschiedlichen Jugendschutzkriterien in den europäischen Ländern weiterhin akzeptiert werden können, wenn in grenznahen Regionen im Kabel, aber auch durch das zunehmend beliebte Satellitenfernsehen die nationalen Programme an den Grenzen nicht mehr haltmachen. Damals herrschte die Hoffnung, dass angesichts dieser Entwicklung bei den EU-Mitgliedsländern die Einsicht wachsen würde, gemeinsame Kriterien oder eine gemeinsame Prüfstelle ernsthaft ins Auge zu fassen. Diese Hoffnung erwies sich als äußerst naiv. Systeme und Institutionen zeigten sich eher resistent gegenüber Argumenten, die sich schlicht aus der Tatsache sich verändernder medialer Verbreitungswege ergeben. Geblieben ist ein regelmäßiger Informationsaustausch; von der Idee einer gemeinsamen Prüfstelle oder wenigstens der gegenseitigen Akzeptanz der Prüfergebnisse ist schon lange nicht mehr die Rede.

Daran ändert auch nichts, dass der Druck auf ein gemeinsames europäisches Handeln durch die rasante Medienentwicklung mit den Jahren sogar noch größer geworden ist. Im Vergleich zum Internet, das sich über alle nationalen Grenzen problemlos hinwegsetzt, war das grenzüberschreitende Fernsehen der 1990er-Jahre eher harmlos. *tv diskurs* hat sich alle Mühe gegeben, im Bereich des Jugendschutzes Veränderungen anzumahnen, zu informieren und Ideen für eine vernünftige Gestaltung des Jugendschutzes der Zukunft vorzustellen. Immerhin ist es nach einer mehr als zehnjährigen Diskussion gelungen, in der Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV), der im Oktober 2016 in Kraft trat, der Medienkonvergenz Rechnung zu tragen und zumindest ansatzweise die Jugendschutzrelevanz nach dem Inhalt und nicht mehr nach dem Vertriebsweg einzuschätzen. Aber auch hier erweist sich das Beharrungsvermögen von Institutionen und Behörden als Bremse, die von allen als vernünftig angesehene gesetzliche Regelung konsequent durchzusetzen.

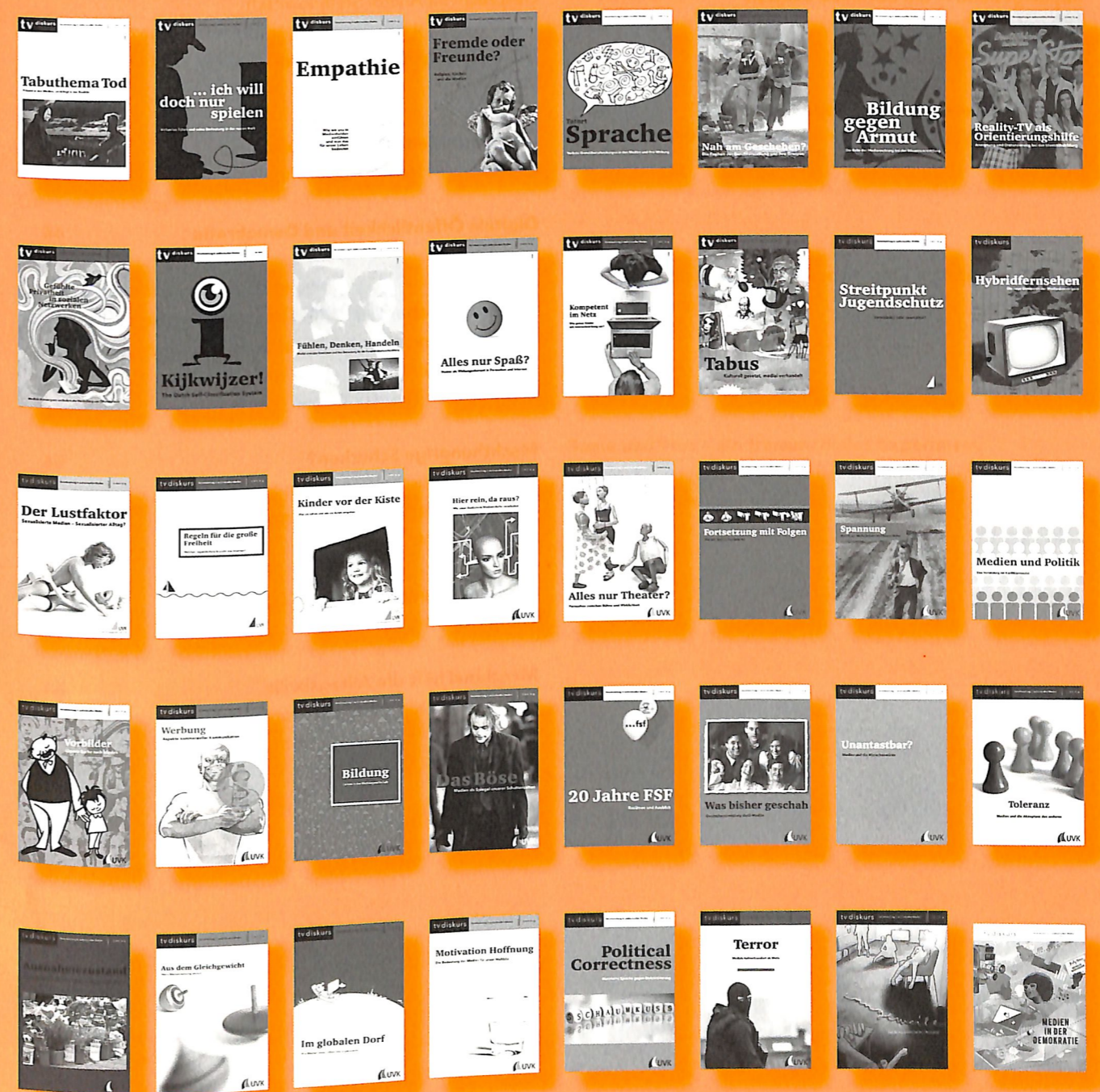
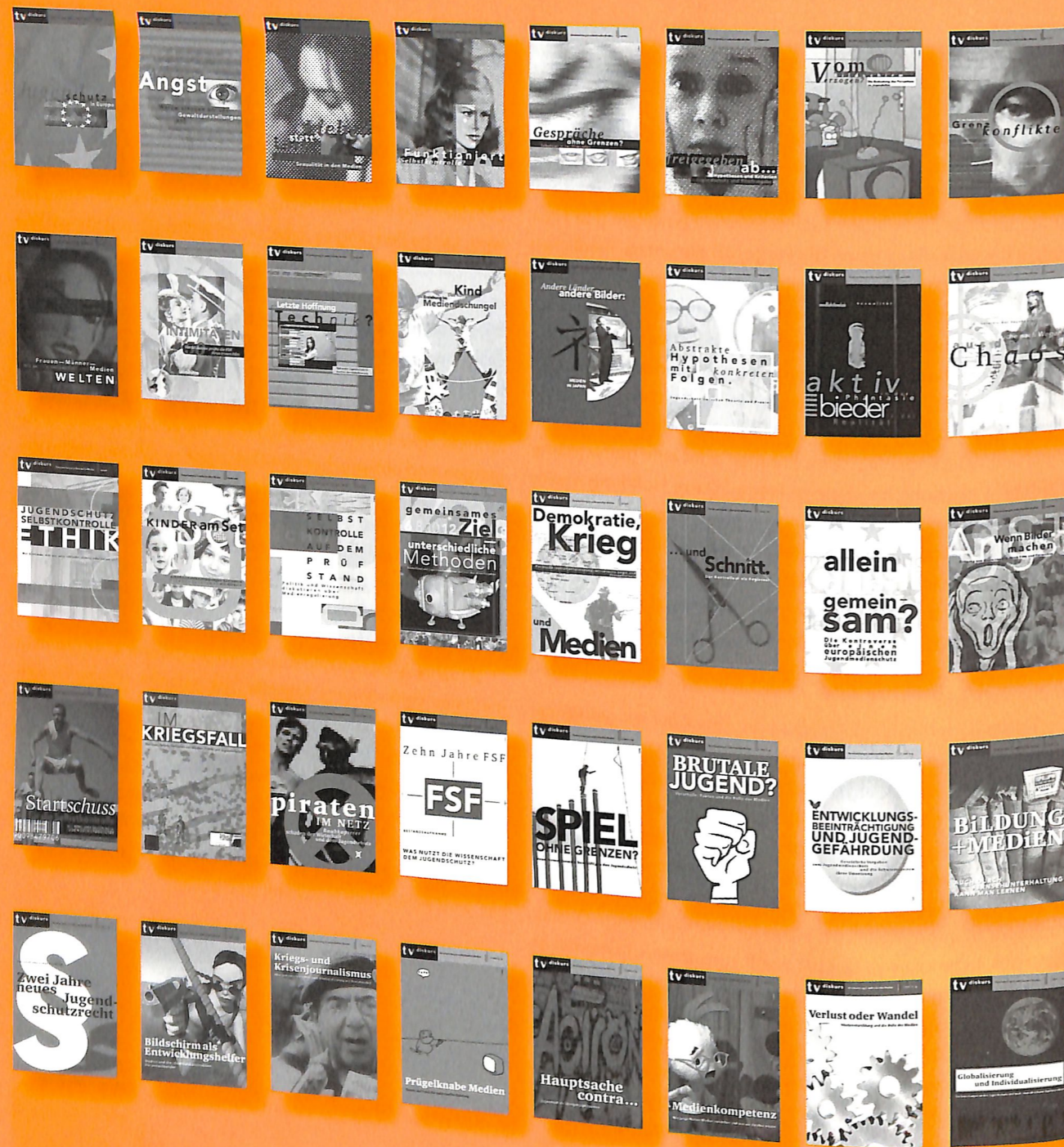
Mit der vorliegenden Ausgabe erscheint die *tv diskurs* zum 80. Mal. Die Redaktion orientiert sich bei der Wahl des Titelthemas immer daran, was in der Öffentlichkeit zum Thema „Medien und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ diskutiert wird. Lange Zeit ging es dabei um inhaltliche Diskussionen: Wie wirkt die Darstellung von Gewalt oder expliziter Sexualität? Kann man Menschen – wie bei *Big Brother* geschehen – in einen Container sperren und ein Millionenpublikum zuschauen lassen? Von Talkshows, Castingshows und Schönheitsoperationen haben wir berichtet und gefragt, ob daraus Beeinträchtigungen für Kinder und Jugendliche resultieren können. In letzter Zeit sind Fernsehformate, Spielfilme oder Sendungen, die zu öffentlichen Aufregungen und entsprechenden Diskussionen führten, selten geworden. Die Auswirkungen von Medien auf die Gesellschaft und die Rufe nach Verbesserung der Medienkompetenz vor allem bei Jugendlichen haben eher zugenommen, doch der Wunsch nach Gesetzen in der Hoffnung, das Angebot zu regulieren, wird angesichts der technischen Machbarkeitsgrenzen und der unüberschaubaren Menge immer leiser.

20 Jahre *tv diskurs* bedeuten auch die Chronik einer rasanten medialen Veränderung. Manche Diskussionen, die die Gesellschaft zu erschüttern schienen, kommen uns heute völlig harmlos vor. Andere Themen, wie beispielsweise die völlige Durchdringung unseres Alltags mit medialen Angeboten durch Smartphones und Tablets, werden uns dagegen wahrscheinlich noch eine Weile beschäftigen. Ein ernsthafter, kontroverser, aber doch immer sachlicher Diskurs, dem sich dieses Magazin verschrieben hat, wird sicher auch in Zukunft gebraucht.

Ihr Joachim von Gottberg



20 Jahre tv diskurs



EDITORIAL

INTERNATIONAL

- Die Pressefreiheit wird abgeschafft** 6
In keinem anderen Land sind so viele Journalisten inhaftiert wie in der Türkei
Jens Dehn
- Impulsgebend – die Berlinale-Sektion „Generation“** 10
Barbara Felsmann
- Jugendmedienschutz in Europa** 16
Filmfreigaben im Vergleich

TITEL

- Die Mitte produziert keine Alternativen mehr** 20
Gespräch mit Armin Nassehi
- Werte und digitale Kommunikation** 26
Thilo Hagendorff
- „Hate Speech ist ein Warnsignal!“** 30
Gespräch mit Anatol Stefanowitsch
- Kampfansage den Fake News** 36
Vera Linß
- „Die beste Zeit ist jetzt gerade!“** 40
Gespräch mit Michel Abdollahi
- Digitale Öffentlichkeit und Demokratie** 44
Caja Thimm
- Kontrovers, aber fair** 48
Mediennutzung erfordert kritische Kompetenz der Rezipienten
Gespräch mit Thomas Krüger
- Machthungrige Schurken?** 54
Zum Bild politischer Akteure in Serien und Krimireihen des deutschen Fernsehens
Andreas Dörner
- Die fünfte Gewalt: das Kino** 60
Werner C. Barg
- Manchmal hilft die Alltagsbrille** 64
Kolumne von Klaus-Dieter Felsmann
- PANORAMA** 66

WISSENSCHAFT

- Das Porträt: Lorenz Engell** 68
Alexander Grau
- Wenig Raum für Rationalität** 72
Das Unbewusste und die Interpretation von Wirklichkeit
Gespräch mit John-Dylan Haynes
- Die erweiterten Medienzugänge von Kindern** 78
Ergebnisse der KIM-Studie 2016
Daniel Hajok

MEDIENLEXIKON

- Voting** 82
Gerd Hallenberger

DISKURS

- „Jede Generation soll neu bewerten, was sie für jugendgefährdend hält!“** 84
Gespräch mit Martina Hannak-Meinke

LITERATUR 88

RECHT

- Urteil** 98
- Aufsätze** 99
- Meldungen und Notizen** 101
- Rezension** 102

SERVICE

- Kurz notiert** 103
- Filmquiz** 104

Impressum, Abbildungsnachweis

WEBKLUSIV AUF TVDISKURS.DE

- 20 Jahre tv diskurs: Impressionen im Schnelldurchlauf**
Gerd Hallenberger

Fake News

Olaf Selg

Game und Film – ein transmediales Experiment

Gespräch mit Florian Schnell über seinen Film *Offline – Das Leben ist kein Bonuslevel*

Digitale Öffentlichkeit und Demokratie

Caja Thimm

Der Strukturwandel von Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen hat Einfluss auf die Meinungsbildung und auf politische Beteiligungskulturen. Einerseits ist dies als Bereicherung der Optionen der Bürgerschaft, andererseits unter Stichworten wie „Fragmentierung“, „Fake News“ oder „Elitediskurse“ auch kritisch zu sehen. Mit dem Konzept der Mini-Publics wird ein Ansatz vorgestellt, der die Rolle kleiner Gruppen für die Demokratie reflektiert und auf die Notwendigkeit einer Debatte über eine „Digitale Werteordnung“ hinweist.

Information – Politik – Demokratie: die Macht der digitalen Plattformen

Das Internet bestimmt heute die „information diet“ eines großen Teils der Weltbevölkerung. Dabei ist ein Trend zur Exklusivität zu beobachten: Millionen von Menschen beziehen ihre Informationen zunehmend ausschließlich digital und verlassen sich auf diese im Netz abrufbaren Inhalte.

Dies liegt zunächst an der breiten Zugänglichkeit zum Medium selbst. Noch massiveren Einfluss auf die Herausbildung einer digitalen Öffentlichkeit hat jedoch der technologische Umbruch im Hinblick auf nutzerbasierte Plattformen. Die durch sie gegebenen Möglichkeiten der eigenständigen Herstellung von Öffentlichkeit durch Posten, Kommentieren und Teilen digitaler Inhalte (vgl. Einspänner-Pflock/Dang-Anh/Thimm 2014) haben neue Formen digitaler Diskurse begründet. Dazu gehören formalisierte und nicht formalisierte Partizipationsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Nutzung von Onlinepetitionen, die Diskussion über politische Themen in

Chats oder Foren, die Möglichkeit, Mailinglisten abrufen zu können, Tweets mit @-mentions direkt an Politiker zu schreiben oder auf Facebook zu posten. Durch neue Plattformen wird politische Kommunikation direkter, die Organisation von politischen Kampagnen flexibler und gemeinschaftliches Handeln vernetzter. Diese durch medientechnologische Umwälzungen entstandenen Nutzungsoptionen haben in den letzten Jahren bei vielen Menschen die Hoffnung genährt, über soziale Medien mehr Einfluss auf die Gestaltung demokratischer Gesellschaftsformen zu bekommen. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie der sogenannte Arabische Frühling, die globale Occupy-Bewegung oder regionale und lokale Proteste von Bürgergruppen wie bei „Stuttgart 21“ (vgl. Thimm/Bürger 2013) belegen, dass neue soziale Medien für den demokratischen Artikulationsprozess zunehmend auch inter- und transnational beträchtliche Bedeutung haben. Soziale Plattformen eröffnen den Nutzern dabei bis dato nicht da gewesene Möglichkeiten der (Re-)Distribution von politischen Inhalten und Präferenzen.

Allerdings lässt sich beobachten, dass die Nachrichtenquellen ebenfalls massiv in die sozialen Medien abwandern. So zeigen Studien aus den USA, dass inzwischen ein großer Teil der Internetnutzer, nämlich 62 %, ihre Nachrichten und politischen Informationen primär über soziale Medien bezieht (Gottfried/Shearer 2016). Auch in Europa liegt diese Zahl bereits bei 51 %, wie der „Digital News Report 2016“ von Reuters belegt.¹ Selbst wenn dieser Trend in Deutschland noch nicht so stark ausgeprägt ist (hier liegt diese Rate erst bei 31 %), so verweist diese Entwicklung auf eine zunehmende Beeinflussung von Informationsprozessen durch Facebook, Twitter und andere soziale Medien. Das persönliche Profil jedes Nutzers, erstellt anhand von Tausenden von Einzelkategorien der jeweiligen Onlineaktivitäten, bestimmt entsprechend den Newsfeed im jeweiligen Profil.

Analysiert man die Strukturelemente digitaler Öffentlichkeiten im Internet, die sich aktuell ausformen, so lassen sich gewichtige Problemfelder anführen. Einerseits ist das Potenzial des Netzes, politische Beteiligung zu demokratisieren und zu erweitern (z. B. Dahlgren 2009), nach wie vor zu konstatieren. Andererseits werden auch eine allgemeine intellektuelle Verflachung und die Ausprägung von Elitediskursen (vgl. Carr 2010) beklagt. Noch weiter geht der Netzkritiker Evgeny Morozov (2011), der das Risiko von Überwachungsstrukturen aufseiten von Regierungen thematisiert und die Hoffnung auf eine netzbasierte Demokratisierung als reine Illusion („net delusion“) bezeichnet.

Betrachtet man die aktuellen Entwicklungen, so scheint sich das Pendel zunehmend in Richtung negativer Einschätzungen in Bezug auf die demokratisierenden Kräfte des Netzes zu bewegen. Das Internet wird als Plattform für Hass und Hetze angeprangert; sogenannte Fake News, mittels derer Fakten verdreht und Lügen kommuniziert werden, scheinen als Bedrohung für politische Kommunikation; und nicht zuletzt wird das Internet als Überwachungsinstrument und als algorithmengesteuertes Manipulationswerkzeug angesehen – die Sorge, dass Social Bots die nächsten Wahlen beeinflussen könnten, schafft zunehmende Unsicherheit aufseiten der Politik. Konstatieren lässt sich also eine höchst ambivalente Sichtweise auf digitale Öffentlichkeit und ihre Rolle für demokratische Prozesse.

Digitale Öffentlichkeit – demokratischer Aufbruch oder Verfall der Diskurskultur?

Die skizzierte Option, über das Internet nicht nur aktuelle und globalisierte Informationen zu erhalten, sondern auch, sich über die vielen Kanäle in politische Prozesse einzumischen, hat eine Distanzverringering zwischen den politischen Beteiligten zur Folge gehabt. Die klassische Rollenverteilung von Akteuren in dem politischen und um das politische System ist nicht länger trennscharf. Politiker und Medien sind nicht mehr die ausschließlichen Produzenten von politischer Information; vielmehr treten jetzt auch Akteure der Zivilgesellschaft, also Bürgerinnen und Bürger, Vereine und weitere soziale Organisationen als Produzenten im politischen Diskurs auf. Die Kategorien der Produktion, Distribution und Rezeption sind also nicht mehr eindeutig auf die Akteure bzw. Institutionen der Medienschaffenden, Medienbetreibenden und Mediennutzer übertragbar.

Insbesondere die Schnelligkeit der Reaktionen von Menschen rund um den Globus, die hohe Verdichtung des Informationsaustauschs und die weltweite Verbreitung von Informationen macht Politikerinnen und Politiker in der digitalen Öffentlichkeit verletzbarer. Von daher erscheint es nicht nur für die Politik, sondern aus einem gesamtgesellschaftlichen Interesse heraus besonders relevant, die emergenten neuen Formen digitaler Öffentlichkeit besser zu verstehen.

Betrachtet man den medialen Wandel und die oben skizzierten strukturellen Veränderungen der Konstruktion von Öffentlichkeit und öffentlichen Diskursen, so stellt sich die Frage, ob das grundlegende Modell von Habermas für diesen digitalen Strukturwandel noch Geltungskraft besitzt (vgl. Habermas 1992). Habermas sieht darin die Öffentlichkeit als den Ort an, an dem sich politische Meinungs- und Willensbildung (Input) der Bürger einer Demokratie ereignet, die sich ihrerseits (rational) in öffentlichen Diskursen vollzieht und so kollektiv verbindliche Entscheidungen des politischen Systems (Output) legitimiert. Dieses Modell der „deliberativen Demokratie“ basiert maßgeblich auf den Zugriffsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf den öffentlichen Diskurs. Überträgt man dieses Modell auf die digitale Welt, so werden die Grenzen dieses Ansatzes schnell deutlich. Während die tradi-

»Es bedarf [...] einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über eine digitale Werteordnung, denn die Zeiten, in denen man die Sphären des Digitalen von denen des Nichtdigitalen trennen konnte, sind ganz offensichtlich vorbei.«

tionelle Öffentlichkeit von journalistischen Recherche- und Selektionsprozessen und entsprechenden Agenda-Setting-Prozessen bestimmt wird, gilt dies für die digitale Öffentlichkeit im Social Web nicht. Zudem herrschen hier andere Formen der Aufmerksamkeitskonstitution – so kann in der digitalen Öffentlichkeit auch „Mikro-Partizipation“ von Relevanz sein, und bereits ein Mausklick kann Millionen von Reaktionen zur Folge haben. Im Zusammenhang mit politischer Partizipation werden solche minimalen Aktivitäten allerdings noch häufig abwertend als „slacktivism“ oder „clicktivism“ negativ etikettiert (vgl. Christensen 2011). Nicht beachtet wird dabei, dass das Liken, Posten oder Kommentieren von politischen Inhalten als eine Form von Mikro- bzw. Subaktivismus verstanden werden muss, der einer dezidiert politischen Aktivität oft vorgeklagt ist. Trotz dieser grundlegend kritischen Perspektiven auf das Internet, die es zu reflektieren gilt, bietet das Internet Raum für die Pluralisierung des Medienpublikums bzw. seiner Nutzerschaft und damit eine Möglichkeit des Diskurses „auf gleicher Augenhöhe“ (Habermas 2008, S. 161). Habermas sieht zudem die Andersartigkeit der Internetöffentlichkeit nicht zwangsläufig als Ausschlusskriterium für die Entwicklung deliberativer Diskurse: „Es ist ja keineswegs ausgemacht, dass die mediengestützte Massenkommunikation dem anspruchsvollen Kommunikationsmuster von Diskursen gleichen muss, wenn sie deliberative Politik fördern soll“ (ebd., S. 163). Er weist also darauf hin, dass es zu analysieren gilt, welche Diskurse das Internet im Sinne deliberativer Debatten auszeichnet. Dennoch kann das Bild einer idealisierten, breiten und für alle gleichermaßen verfügbaren Informations- und Beteiligungskultur als öffentlicher Diskursraum nicht aufrechterhalten werden. Nicht nur, dass dies sicherlich niemals wirklich der Fall war und immer einem idealen Zustandsentwurf entsprach! Heute ist es im Lichte der zersplitterten Öffentlichkeiten immer weniger realistisch. Vielmehr, so wurde bereits an anderer Stelle argumentiert (siehe Thimm 2016), ist es nötig, die Prozesse zur Herstellung digitaler Öffentlichkeit genauer zu differenzieren. Dazu erscheint es nötig, auch solche Strukturen/Gruppen einzubeziehen, die sich aus quantitativer Sicht als Mini-Publics bezeichnen lassen.

Die Macht der Fragmentierung? Digitale Mini-Publics

Als eine der gravierendsten aktuellen Entwicklungen des Internets lässt sich die zunehmende Ausprägung in Einzelmedien und Einzelplattformen anführen, die über die große Menge an Nutzern ihre ganz eigenen Logiken durchsetzen können und zu einer „platform society“ geführt haben. Daher muss

das Internet heute als eine Medienumgebung angesehen werden, die immer mehr von institutionell und funktionell bestimmenden Medienlogiken wie denen von Facebook, Twitter, Instagram oder YouTube dominiert wird. Während sich im vordigitalen Zeitalter die Massenmedien als Gatekeeper und Agendasetter definierten, ist dies bei den sozialen Medien bisher nicht explizit der Fall, obwohl sie in vielfältiger Art und Weise als öffentliche Plattformen fungieren. Zu beobachten ist jedoch eine andere Dynamik der Herstellung von Öffentlichkeit: Auch solche kleineren Foren oder Gruppen, die zunächst nur über eine geringe Beteiligung verfügen, können sich rasant zu massenhaften Bewegungen erweitern, wie an diversen Shitstorms deutlich wird. Die Ausprägung dieser Dynamiken digitaler Öffentlichkeit wurde als Modell der Mini-Publics konzipiert (ebd.). Solche Mini-Publics, die sich durch eine Verschränkung verschiedener Medien im Sinne einer „polymedialen“ Mediennutzung auszeichnen, werden im digitalen Umfeld zunehmend häufig beobachtet. Sie formieren sich entlang spezifischer Themen und Inhalte und entwickeln eigene Strukturmerkmale, die von Nutzerrollen, Themenentwicklung und Zeitrahmen beeinflusst werden. Auch die Optionen der technischen Medienlogiken der Plattformen selbst, wie Hashtags und ReTweets bei Twitter, bestimmen die Konstruktion solcher Öffentlichkeiten (vgl. Einspänner-Pflock/Dang-Anh/Thimm 2014). Dabei kann man verschiedene Formen dieser Mini-Publics unterscheiden. Bei den *nutzer-initiierten Mini-Publics* wird das Thema von den Nutzern selbst initiiert und z. B. auf Blogs weitergeführt. Besonders häufig sind *ereignisbezogene Mini-Publics*. Hier werden realweltliche Ereignisse, wie Naturkatastrophen, Unfälle, politische Ereignisse (wie Wahlen) oder kulturelle (Popkonzerte) sowie sportliche Ereignisse (Olympiade, Fußballweltmeisterschaften) zum Gegenstand. Diese Form der Mini-Publics ist durch hochverdichtete und zeitlich beschränkte Aktivitätsmuster ausgezeichnet, die sich mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Ursprungsereignis abschwächen. Ein typischer Fall ist das Verkehrsprojekt „Stuttgart 21“, das zur Herausbildung des Begriffs „Wutbürger“ beigetragen hat (vgl. Thimm/Bürger 2013). Neben diesen intensiven und zeitlich begrenzten Mini-Publics existieren aber auch andere Formen solcher kleinerer Öffentlichkeiten, die sich als *Over-time Mini-Publics* bezeichnen lassen und Themen längerfristig in der Diskussion halten. In den PR haben sich zunehmend auch Formen *kommerziell gelaunchter Mini-Publics* etabliert.

Betrachtet man die Vielzahl dieser Mini-Publics, so muss betont werden, dass diese keineswegs als minderwertig oder als Fragmentierungsbelege anzusehen sind. Um den Ausprä-

gungsformen digitaler Öffentlichkeit gerecht zu werden, sollte man diese kleinen Gruppen ernst nehmen und auch einer zahlenmäßig kleineren diskursiven Umgebung, wie z. B. einem Forum oder einer Facebook-Gruppe, die Rolle von Meinungsbildung zumessen – das Abwerten als fragmentiert oder elitär wird der Netzkultur nicht gerecht und erscheint als wenig produktiv.

Digitale Demokratie – digitale Werteordnung

Die skizzierten Strukturmerkmale von digitaler Öffentlichkeit verweisen darauf, dass wir uns in einem massiven Transformationsprozess der Digitalisierung von Gesellschaft befinden. Dieser Prozess bedeutet u. a. einen kategorialen Wandel von Öffentlichkeit und Privatheit, der durch die Netzkommunikation verursacht wird. Dabei ist die Herausbildung digitaler Öffentlichkeit(en) eine massive Herausforderung auf verschiedenen Ebenen und ein wichtiger Markstein im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen. In diesem Kontext spielt die Herausbildung von Mini-Publics eine wichtige Rolle.

Auch für die persönlichen Lebenswelten hat diese Veränderung von Öffentlichkeitsstrukturen und -kulturen vielfältige Folgen, da die real- und digitalweltlichen Sphären für viele – besonders jüngere – Menschen heute kaum noch zu trennen sind: Um bei Facebook Freunde zu treffen oder mich zu informieren, muss ich einen gewissen Grad von Öffentlichkeit in Kauf nehmen. Zudem birgt die Publizität und Transparenz, die mit der Nutzung sozialer Medien verbunden ist, neue Risiken in Bezug auf die Kontrolle eigener Datenbestände. So sind anonyme Proteste heute über das Netz kaum noch möglich, und politische Aktivisten leben in einigen Ländern inzwischen gefährlicher als vor der digitalen Wende.

Digitale Demokratie hat also (mindestens) zwei Gesichter. Um diese zu verstehen und sich auf den ständig wandelnden Plattformen kompetent zu bewegen, ist nicht nur eine neue Form der Medienkompetenz im Sinne digitaler Literalität nötig. Es bedarf auch einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über eine digitale Werteordnung, denn die Zeiten, in denen man die Sphären des Digitalen von denen des Nichtdigitalen trennen konnte, sind ganz offensichtlich vorbei. Insbesondere durch die sozialen Medien wie Facebook, YouTube, Twitter oder Instagram entstehen neue kommunikative Umwelten, die sich den üblichen Mechanismen von Kontrolle und den bisher vertrauten Formen der Informationsdistribution entziehen. Hier zeichnen sich neue Herausforderungen für das politische System ab: Die Erkenntnis, dass wir in einer digita-

len Gesellschaft leben, in der auch Demokratie anders konstituiert und diskursiviert wird, beginnt sich erst sehr zögerlich zu etablieren.

Anmerkung:

1 Weitere Informationen abrufbar unter: reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/publication/digital-news-report-2016

Literatur:

- Carr, N.: *The shallows. What the internet is doing to our brains*. New York u. a. 2010
 Christensen, H.: *Political activities on the internet: Slacktivism or political participation by other means?* In: *First Monday*, 16/2–7: Februar 2011
 Dahlgren, P.: *Media and political engagement*. New York 2009
 Einspänner-Pflock, J./Dang-Anh, M./Thimm, C. (Hrsg.): *Digitale Gesellschaft – Partizipationskulturen im Netz*. Berlin 2014
 Gottfried, J./Shearer, E.: *News use across platforms 2016*. PEW Research Center. 2016. Abrufbar unter: <http://www.journalism.org/2016/05/26/news-use-across-social-media-platforms-2016/>
 Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a. M. 1963/1992
 Habermas, J.: *Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI*. Frankfurt a. M. 2008
 Morozov, E.: *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*. Philadelphia 2011
 Pariser, E.: *The Filter Bubble. What the Internet is hiding from you*. New York 2011
 Thimm, C.: *Digitale Gesellschaft: Zum Wandel der (politischen) Öffentlichkeit im Digitalen Zeitalter*. In: *Zeitschrift Journal für politische Bildung*, 1/2016, S. 3–5
 Thimm, C./Bürger, T.: *Digitale Partizipation im politischen Kontext – „Wutbürger“ online*. In: M. Friedrichsen/R. Kohn (Hrsg.): *Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien*. Wiesbaden 2013, S. 255–272
 Thimm, C./Einspänner, J./Dang-Anh, M.: *Politische Deliberation online – Twitter als Element des politischen Diskurses*. In: F. Krotz/A. Hepp (Hrsg.): *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze*. Wiesbaden 2012, S. 95–117

Dr. Caja Thimm ist Professorin für Medienwissenschaft und Intermedialität an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und leitet dort die Abteilung „Medienwissenschaft“. Sie forscht seit vielen Jahren zu Onlinemedien – hier besonders zur digitalen Demokratie, zu sozialen Netzwerken und zur Mobilkommunikation.

